

Bericht

des Ausschusses für Infrastruktur

betreffend Mehrjahresverpflichtungen aus Finanzierungsvereinbarungen mit der Schiene OÖ GmbH betreffend des Busterminals Ried im Innkreis im Zeitraum 2018 bis einschließlich 2020 und aus Finanzierungsvereinbarungen mit der ÖBB-Infrastruktur AG betreffend Busterminal Braunau am Inn und Personentunnel im Zeitraum 2018 bis einschließlich 2020

[L-2015-118509/10-XXVIII,
miterledigt [Beilage 643/2018](#)]

Mit der Einführung des vom Oö. Landtag in der [Beilage 316/2017](#) am 26. Jänner 2017 genehmigten "Regionalen Verkehrskonzepts" für das Innviertel im Dezember 2018 ist die im "Gesamtverkehrskonzept Oberösterreich" dokumentierte, flächendeckende Umsetzung regionaler Verkehrskonzepte abgeschlossen. Das Gesamtverkehrskonzept Oberösterreich wurde vom Oö. Landtag zur Kenntnis genommen.

Im Rahmen dieser Verkehrskonzepte erfolgt eine Optimierung von netzbezogenen Effekten durch eine weitgehend systematische Abstimmung der Bahn- und Busverbindungen und eine Verbesserung der Erreichbarkeitsverhältnisse der Wohn-, Arbeits-, und Ausbildungsstätten auf Basis einer integrierten, regionspezifisch differenzierten Gesamtplanung.

Die Umsetzung dieser Konzepte erfordert eine Ertüchtigung, Modernisierung und teilweise den Ausbau von Verkehrsinfrastrukturen. Hierzu zählen die Gewährleistung der Verkehrssicherheit in Form von - dem Stand der Technik - entsprechenden Bushaltestellen, die Ausweitung und Neuschaffung von Park-and-Ride-Kapazitäten und die Errichtung von Busterminals speziell an den multimodalen Verkehrsknoten in den Bezirkshauptstädten Braunau am Inn, Ried im Innkreis und Schärding. Diese Infrastrukturen sind die Voraussetzung für die Optimierung der Wegeketten zwischen PKW-, Fahrrad-, Schienen- und Busverkehr. Eine solche multimodale Verkehrsstation mit modernisierten Bahnsteigen, Bussteig für drei Regionalbusse und Park-and-Ride-Anlage für 155 PKW- und 20 Fahrradabstellplätzen konnte am Bahnhof Schärding im Juni 2017 in Betrieb genommen werden, die der Oö. Landtag in der [Beilage 966/2013](#) genehmigte.

Herzstück des Betriebskonzepts für den Busverkehr im Bezirk Ried ist der Verkehrsknoten am Bahnhof Ried im Innkreis, wo die sternförmig zulaufenden Buslinien am dortigen Bahnkreuz (Bahnlinien Linz - Wels - Simbach am Inn, Schärding - Ried im Innkreis - Attnang-Puchheim) mit dem Schienenverkehr räumlich und zeitlich optimal verknüpft werden. Daher ist infrastrukturseitig die Errichtung eines Busterminals - als erste Phase eines Modernisierungskonzepts für den

Bahnhof Ried im Innkreis - notwendig. Parallel zur Errichtung des Busterminals erfolgt der Abschluss eines Planungsvertrags mit den ÖBB zur Errichtung einer Park-and-Ride-Anlage.

Die geplante Anlage wird für elf gleichzeitig anwesende Busse ausgeführt und umfasst weiters überdachte, mit digitaler Fahrgastinformation versehene Wartebereiche, einen Warteraum, Serviceräume für das Fahrpersonal, sechs bis acht Fahrradboxen. Im Umfeld der geplanten Anlage sind straßenbauliche Maßnahmen vorgesehen, konkret die Errichtung eines Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich Bahnhofstraße/Eberschwanger Straße, die Errichtung einer Zufahrtsstraße zum Busterminal im Kreuzungsbereich Roseggerstraße/Eberschwanger Straße, die Sanierung und der Ausbau der Eberschwanger Straße einschließlich Geh- und Radwege sowie die Schaffung von Ersatzstellflächen für den ruhenden Verkehr.

Planung, Errichtung und Betrieb des Busterminals erfolgt auf Basis eines Finanzierungsübereinkommens mit der Schiene OÖ GmbH, die zu diesem Zweck von der ÖBB ein 6.900 m² großes Grundstück mietet. Die Mietkosten hierfür betragen 14.850 Euro jährlich zuzüglich Wertsicherung in den Folgejahren, diese werden zu 75 % vom Land Oberösterreich und zu 25 % von der Stadtgemeinde Ried im Innkreis getragen. Die geschätzten Investitionskosten betragen **4.500.000 Euro**, welche der Schiene OÖ GmbH bauschrittskonform im Zeitraum 2018 bis einschließlich 2020 als Investitionszuschüsse zugeführt werden. Der Anteil der Stadtgemeinde Ried im Innkreis beträgt 50 % dieser Gesamtkosten, somit 2.250.000 Euro, die auf Grund eines Beschlusses des Gemeinderates vom 14. Dezember 2017 im Zeitraum 2018 bis einschließlich 2027 dem Land im Wege einer Finanzierungsvereinbarung in zehn gleich hohen Jahresraten rückerstattet werden. Die Nettobelastung des Landes beträgt demgemäß 2.250.000 Euro. Die Stadtgemeinde Ried im Innkreis hat weiters den Abschluss einer Erhaltungsvereinbarung mit dem Eigentümer Schiene OÖ GmbH im Gemeinderat am 14. Dezember 2017 genehmigt.

Am Bahnhof Braunau am Inn sind die technische Sicherung von Eisenbahnkreuzungen, die Errichtung eines Personentunnels unter dem Bahnhofsbereich, eine Park-and-Ride-Anlage mit zusätzlichen Kapazitäten im Ausmaß von 158 PKW- und 90 Fahrradabstellplätzen sowie ein Busterminal für drei Regionalbusse vorgesehen. Die voraussichtlichen Projektgesamtkosten betragen 7,896 Mio. Euro, die von den ÖBB, der Stadtgemeinde Braunau am Inn und dem Land finanziert werden. Das Land Oberösterreich beteiligt sich im Wege von Planungs- und Realisierungsübereinkommen mit der ÖBB-Infrastruktur AG an den Kosten für das Busterminal, dem Personentunnel und der Park-and-Ride-Anlage. Das Gesamtprojekt soll bis zum Jahr 2020 vollendet sein.

Gegenstand dieser vom Land Oberösterreich beabsichtigten Planungs- und Realisierungsübereinkommen sind einerseits die Gesamtkosten des Busterminals im Ausmaß von **0,917 Mio. Euro** (Preisbasis 2018, inkl. Ust., inkl. Grundstückskosten), wobei ein Anteil im Ausmaß von 25 %, somit 0,229 Mio. Euro, dem Land Oberösterreich im Wege eines gesonderten Finanzierungsübereinkommens zwischen Land und Stadt von der Stadt bis 2027 refinanziert werden. Somit beträgt der Netto-Investitionszuschuss des Landes zum Busterminal 0,687 Mio. Euro bzw. 75 %. Weiters soll das Land der ÖBB-Infrastruktur AG einen Investitionszuschuss für Planung und

Errichtung des Personentunnels (Gesamtkosten 3,898 Mio. Euro) in der Höhe von **0,763 Mio. Euro** bereitstellen. Die Kosten sind im Zeitraum 2018 bis 2020 fällig. Der Kostenanteil des Landes für die Park-and-Ride-Anlage soll vom Oö. Landtag mittels mehrjährigem - dem Oö. Landtag am 25. Jänner 2018 zugewiesenen - Generalbeschluss zur weiteren Umsetzung des Park-and-Ride-Anlagen-Konzepts genehmigt werden.

Unter Bedachtnahme auf die Mehrjährigkeit der vom Land Oberösterreich einzugehenden Verpflichtungen bedarf es gemäß Art. 55 Oö. L-VG in Verbindung mit § 26 Abs. 8 der Haushaltsordnung des Landes Oberösterreich der Genehmigung durch den Oö. Landtag.

Der Ausschuss für Infrastruktur beantragt, der Oö. Landtag möge die aus dem beabsichtigten Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung mit der Schiene OÖ GmbH über die Errichtung eines Bustraminals am Bahnhof Ried im Innkreis sowie einer Finanzierungsvereinbarung mit der ÖBB-Infrastruktur AG über die Errichtung eines Bustraminals und eines Personentunnels am Bahnhof Braunau am Inn sich ergebenden finanziellen Mehrjahresverpflichtungen im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

Linz, am 15. Februar 2018

Stanek
1. Obmann-Stv.

Handlos
Berichterstatter